

Unterrichtung durch die Bundesregierung

Vorlage der Kommission der Europäischen Gemeinschaften

— Energiestrategie der Gemeinschaft: Fortschritt und Leitlinien für künftige Maßnahmen

»EG-Dok. Nr. 7585/83«

Inhaltsverzeichnis

	Seite
I. Notwendigkeit eines neuen Antriebs	3
Für intensivere Maßnahmen	3
Für eine Gemeinschaftsaktion	4
II. Fortschritte im Strukturwandel	5
Fortschritte auf Gemeinschaftsebene	5
Fortschritte in den Einzelstaaten	6
III. Aussicht auf weitere Fortschritte	7
Vorausschau	8
Unsichere Hypothesen	8
Ölpreise	9
Energieeinfuhr	10
IV. Entwicklung einer Energiestrategie für die Gemeinschaft	10
Investitionen für eine rationelle Energienutzung	11
Preisbildung	11
Forschung, Entwicklung und Demonstrationsvorhaben	11

Gemäß Artikel 2 Satz 2 des Gesetzes vom 27. Juli 1957 zugeleitet mit Schreiben des Chefs des Bundeskanzleramtes vom 21. Juni 1983 — 14 — 680 70 — E — En 68/83.

Diese Vorlage ist mit Schreiben des Herrn Präsidenten der Kommission der Europäischen Gemeinschaften vom 7. Juni 1983 dem Herrn Präsidenten des Rates der Europäischen Gemeinschaften übermittelt worden.

Die Anhörung des Europäischen Parlaments und des Wirtschafts- und Sozialausschusses zu der genannten Kommissionsvorlage ist vorgesehen.

Gemäß § 93 Satz 3 GO-BT am 21. Oktober 1983 angefordert, siehe auch Drucksache 10/376 Nr. 1.

	Seite
Kohle und andere feste Brennstoffe	12
Kernenergie	12
Erdgas	12
Ölvorräte und begrenzter Ölmangel	13
Anhang 1	14
Anhang 2	17
Anhang 3	20

1. Auf der Tagung in Luxemburg vom 21. April 1983 verpflichtete sich der Rat (Energie), auf seiner nächsten Tagung die energiepolitischen Prioritäten der Gemeinschaft auf der Grundlage eines Zwischenberichts der Kommission über die Verwirklichung der Energieziele der Gemeinschaft für 1990 in den Mitgliedstaaten und über die finanziellen Aspekte zu aktualisieren.

2. Dieser Bericht soll eine Bestandsaufnahme der Fortschritte sein, welche die Mitgliedstaaten bei der Verringerung der Abhängigkeit von Erdöl, der Streuung der Energieversorgungsquellen und der rationelleren Energienutzung erzielt haben; er soll einen Überblick über bereits unternommene Schritte zur Festlegung von Prioritäten in der Energiepolitik und zur Anwendung politischer Maßnahmen auf Gemeinschaftsebene im Sinne eines rascheren Fortschritts geben; ferner soll er dem Rat Hilfestellung bei der Festlegung der Hauptgebiete leisten, in denen die Gemeinschaftsmaßnahmen unbedingt verstärkt werden müssen. Allerdings ist dieser Bericht kein Ersatz für die ausführliche Jahresübersicht über die energiepolitischen Programme der Mitgliedstaaten, der die Kommission besondere Bedeutung zumißt; diese wird dem Rat im Herbst nach genauer Auswertung der Entwicklung in der Energiepolitik eines jeden Mitgliedstaates vorgelegt.

I. Notwendigkeit eines neuen Antriebs

Für intensivere Maßnahmen

4. Nach Ansicht der Kommission sind die fünf vorrangigen Aktionen auf einzelstaatlicher und gemeinschaftlicher Ebene, die sie in ihrem Strategiepapier vor zwei Jahren vorgeschlagen hat, wegen der neuen Ölmarktlage und der Ungewißheit über das künftige Tempo des Strukturwandels noch wichtiger geworden. Die veränderten Rahmenbedingungen bedeuten jedoch, daß die zur Verwirklichung dieser Prioritäten verfügbaren politischen Instrumente heute verstärkt werden müssen, um die Auswirkungen der schwächer werdenden Marktsignale auszugleichen. Diese politischen Instrumente sollten heute vor allem auf sechs Hauptbereiche ausgerichtet werden, die sich aus der obigen Analyse der Fortschritte bei der Erreichung der für 1990 gesteckten Ziele ergeben. Es sind dies:

(Diese Aufstellung gibt keine Prioritäten an)

(a) das Ausmaß der Nutzung des Potentials für Energieeinsparungen und Umstellungen weg vom Öl (rationelle Energienutzung), wo Fortschritte aufrechterhalten und weiterentwickelt werden sollten, das angesichts des neuen Klimas der Unsicherheit über die Entwicklung der Ölpreise nachteilig beeinflusst werden könnte;

3. Aus den Darlegungen in den Teilen II bis III des Berichtes treten drei wichtige Schlußfolgerungen hervor:

- (i) Es gibt Anzeichen dafür, daß in der Umstrukturierung von Energieversorgung und -verbrauch tatsächlich Erfolge erreicht worden sind, obwohl einige Mitgliedstaaten mehr anfällig bleiben werden als andere;
- (ii) weitere, beträchtliche Ungewißheiten über die zukünftigen Fortschritte bleiben weiter bestehen;
- (iii) diese Ungewißheiten sind durch die Entwicklung auf dem Ölmarkt vergrößert worden.

Die neue Lage auf dem Ölmarkt hat die Gefahr eines stärkeren Ölverbrauchs vergrößert und alle Ungewißheiten in den Prognosen der Mitgliedstaaten deutlicher hervortreten lassen. Sie hat damit den Hintergrund verändert, auf dem eine Energiestrategie auf einzelstaatlicher und auf Gemeinschaftsebene fortentwickelt werden muß.

Der vorliegende Bericht wird dementsprechend ergänzt durch ein Dokument über ein Mehrjahresprogramm der Gemeinschaft²⁾. Dieses Energieprogramm soll den dauerhaften, mittelfristigen Rahmen für einheitlichere Gemeinschaftsaktionen bilden und die Schwierigkeiten in der Entwicklung einer Gemeinschafts-Energiestrategie überwinden helfen, die in Teil IV beschrieben werden.

- (b) die Hindernisse für die zunehmende Verwendung fester Brennstoffe, namentlich in der Industrie, und die erwünschte Schaffung einer leistungsfähigeren und gesünderen Industrie der festen Brennstoffe in der Gemeinschaft;
- (c) die Notwendigkeit einer kontinuierlichen Entwicklung und Vermarktung neuer Energietechnologien zur Erweiterung des Potentials für eine rationelle Energienutzung und zur Erschließung neuer und regenerierbarer Energiequellen in weit größerem Maßstab;
- (d) die vorgesehenen Niveaus der Abhängigkeiten von Import-Energie in vielen Gemeinschaftsländern, was eine beschleunigte Ermittlung und Entwicklung wirtschaftlicher Energieressourcen in der Gemeinschaft noch wichtiger macht;
- (e) die Entschließung bezüglich Unsicherheiten bei der Entwicklung von Kernenergie. In den Mitgliedstaaten, in denen Kernenergie schon eine Rolle spielt, ist in jüngster Vergangenheit ein

¹⁾ Abl. C 149 vom 18. Juni 1980

²⁾ Energie und Energieforschung in der Gemeinschaft: Ein Fünf-Jahres-Programm und seine Finanzierung (KOM[83] 355)

³⁾ KOM(81) 540 endg.

bedeutender Fortschritt erzielt worden. Es wird erwartet, daß dieser Fortschritt nunmehr bis 1990 anhält, da die in Bau befindlichen Kraftwerke fertiggestellt werden. Aber es gibt einige sehr erhebliche Unsicherheiten in bezug auf die Aussichten für die 90er Jahre. Eine anhaltende und sogar verstärkte Entwicklung der Kernenergie in der Gemeinschaft wird vor allem auf konkrete Maßnahmen — Sicherheit und Verwendung radioaktiver Abfälle — für die Verbesserung der Akzeptierung der Kernenergie durch die Öffentlichkeit abhängen;

- (f) erhöhte Sicherheit und Flexibilität der Energieversorgungssysteme innerhalb der Gemeinschaft als Schutz vor der Gefahr von Versorgungsunterbrechungen und den daraus folgenden wirtschaftlichen Schäden.

Für eine Gemeinschaftsaktion

5. Während der Rat selbst auf seiner Tagung vom 21. April 1983 den Besorgnissen der Kommission über die Gefahren der derzeitigen Lage beigepflichtet hat, zeigt doch die Tatsache, daß bei neuen Gemeinschaftsprogrammen zur Förderung gemeinsamer energiepolitischer Ziele keine Fortschritte erzielt wurden, daß einige Mitgliedstaaten den Wert einer Gemeinschaftsaktion im Gegensatz zu einzelstaatlichen Aktionen zur Lösung dieser Probleme bezweifeln. Auf diese Zweifel soll im folgenden eingegangen werden.

6. In ihrer Mitteilung vom Oktober 1981 meinte die Kommission, daß ein großer Teil der Maßnahmen zur Förderung gemeinsamer energiepolitischer Ziele in zufriedenstellender Weise auf nationaler anstatt auf gemeinschaftlicher Ebene in einem Rahmen durchgeführt werden könnte, der durch ein System übereinstimmend akzeptierter Analysen und Empfehlungen abgesteckt werden könnte. Daher die Bedeutung gemeinsamer langfristiger Leitlinien und einer regelmäßigen Überprüfung der Energiepolitik und -projektionen der Mitgliedstaaten durch die Kommission. Die Kommission machte jedoch auch darauf aufmerksam, daß die Gemeinschaftsdimension immer dann genutzt werden sollte, wenn dies für die Gemeinschaft als Ganzes wirtschaftlicher und wirkungsvoller sei. Dieser allgemeine Grundsatz gilt nach wie vor in vollem Umfang. Er läßt sich jedoch nur von Fall zu Fall in Vorschläge für bestimmte neue Gemeinschaftsprogramme umsetzen, wobei eine Reihe spezifischerer, ergänzender Kriterien zu berücksichtigen sind, insbesondere:

- (i) der Spielraum zur Nutzung größenbedingter Kostenvorteile. Die Bedeutung dieses Kriteriums wird bereits im Bereich der Energieforschung und -entwicklung anerkannt, wo durch Poolung der wissenschaftlichen und finanziellen Ressourcen Doppelarbeit mit den entsprechenden, oftmals hohen, Ausgaben vermieden werden kann. Auch für die Möglichkeiten für die Finanzinstrumente der Gemeinschaft, Anleihen zu möglichst günstigen Marktbedingungen aufzunehmen, ist dies von Bedeutung;
- (ii) die Poolung von Know-how und Erfahrung sowohl im Bereich der Energietechnologien und -systeme als auch der politischen Maßnahmen in spezifischen Bereichen. Die Gemeinschaftsprogramme sollten einen Rahmen für die schnellere und weitere Verbreitung der Ergebnisse technologischer und technischer Entwicklungsprogramme bieten. Dies ist im Falle der F & E und Demonstrationsprogramme bereits deutlich unter Beweis gestellt worden. Sie sollten sich auch die positiven politischen Erfahrungen der einzelnen Mitgliedstaaten zunutze machen und sie der gesamten Gemeinschaft zur Verfügung stellen. Ein Bereich, in dem dies besonders wichtig ist, ist die Förderung der rationelleren Energienutzung, wo alle Gemeinschaftsländer von den Erfahrungen der übrigen über effektive gemeinschaftliche Förderprogramme auf der Grundlage einer Analyse der gemeinschaftsweiten Erfahrungen profitieren können;
- (iii) Förderung der Ausweitung des Binnenmarktes für Energieprodukte. Der Zugang zu einem größeren internen Markt ermutigt die Entwicklung neuer Produkte und Technologien. Gemeinschaftsmaßnahmen zur Förderung der Energiepreistransparenz, zur Beseitigung künstlicher Verzerrungen bei den Energiepreisen und zur Propagierung eines einheitlicheren Konzepts für die Energiebesteuerung sind von besonderer Bedeutung. Dies gilt auch für Maßnahmen zur Harmonisierung von Normen und Standards in Verbindung mit energieverbrauchenden Geräten und dem Umweltschutz.
- (iv) Das kollektive Interesse der Mitgliedstaaten der Gemeinschaft an der Sicherheit, die innerhalb der Gemeinschaft produzierte und gehandelte, wirtschaftliche Energieressourcen bieten. Die daraus resultierenden verminderten Belastungen für die Zahlungsbilanz gegenüber der Außenwelt und der verstärkte Binnenhandel sind beide, abgesehen von ihren Vorteilen für die Versorgungssicherheit, für Wachstum und Beschäftigung nützlich.
- (v) Das gemeinsame Interesse an der Flexibilität, die eine besser integrierte Infrastruktur für die Energieversorgung der Gemeinschaft bietet.
- (vi) Das kollektive Interesse der Mitgliedstaaten an einem Schutz ihrer Volkswirtschaften vor künftigen Energieversorgungs- und -preiskrisen durch verbesserte kollektive Regelungen für Notfälle. Alle Mitgliedstaaten — selbst wenn sie über erhebliche einheimische Energiereserven verfügen — werden von dem wirtschaftlichen Bruch in Mitleidenschaft gezogen, der bei einer künftigen größeren Krise eintreten würde, auch wenn sie auf nationaler Ebene effektive Vorsorge für den Notfall getroffen haben mögen. In manchen Bereichen, insbesondere bei der Gasversorgung, erfordern umfassende Vorsorgemaßnahmen für den Notfall ein Höchstmaß an Flexibilität des Versorgungssystems, das auf nationaler Ebene nicht gewährleistet werden kann.

7. Diese Kriterien finden ihren Niederschlag in den Vorschlägen des Mehrjahresprogramms für Energie und Energieforschung, das in dem gesonderten Dokument der Kommission über Entwicklung und Finanzierung der Tätigkeiten der Gemeinschaft im Energiebereich vorgelegt wird.

Den Vorschlägen liegt auch die Überzeugung zugrunde, daß die Gemeinschaftsprogramme eine solche Größenordnung haben sollten, daß sie sich im Vergleich zu den fundamentalen politischen Erfordernissen signifikant auswirken.

Bei der Vorlage ihrer Vorschläge hat die Kommission alle ihr verfügbaren Informationen über einzelstaatliche Programme und Ausgaben geprüft und wird dies auch bei den künftigen Vorschlägen für Gemeinschaftsprogramme tun. Aber damit eine tatsächliche Bewertung der nationalen Programme vorgenommen werden kann, müssen die Mitgliedstaaten der Kommission rechtzeitig die notwendige Information zugänglich machen, so wie das der Rat in den Schlußfolgerungen seiner Tagung vom 13. Juli 1983 versprochen hat. Daß einige Mitgliedstaaten in

manchen Bereichen selbst Ausgaben in erheblichem Umfang tätigen, ist jedoch an und für sich kein Grund, die Zweckmäßigkeit von Gemeinschaftsprogrammen für eben diese Bereiche in jedem Fall in Frage zu stellen. Erstens brauchen Ausgaben auf Gemeinschaftsebene nicht unbedingt zusätzlich zu den Ausgaben der Mitgliedstaaten getätigt zu werden.

In ihrem Grünbuch über die künftige Finanzierung der Gemeinschaft vertrat die Kommission die Auffassung, daß es in manchen Bereichen der Gemeinschaftstätigkeit wirtschaftlicher wäre, ein unterschiedliches Gleichgewicht zwischen gemeinschaftlichen und einzelstaatlichen Ausgaben zu erreichen. Maßnahmen auf Gemeinschaftsebene könnten manche Mitgliedstaaten in die Lage versetzen, einen Teil ihrer Ausgaben für nationale Maßnahmen einzusparen und statt dessen ihre eigenen Maßnahmen in anderen Bereichen zu verstärken. Zweitens gibt es allerdings immer noch Bereiche, die trotz beachtlicher Programme auf nationaler Ebene nur unzureichend abgedeckt sind, und diese Lücken können am wirtschaftlichsten auf Gemeinschaftsebene geschlossen werden.

II. Fortschritte im Strukturwandel

8. Die geltenden energiepolitischen Ziele der Gemeinschaft sind in einer Entschließung des Rates vom Juni 1980 festgehalten⁴⁾; für 1990 wurden darin vor allem fünf Orientierungen für die Gemeinschaft vereinbart:

- Verringerung des durchschnittlichen Verhältnisses zwischen Zuwachsraten des Bruttoverbrauchs an Primärenergie und der Zuwachsraten des Bruttoinlandsprodukts auf 0,7 oder weniger;
- Senkung des Erdölverbrauchs in der Gemeinschaft auf ein Niveau von etwa 40 % des Bruttoverbrauchs an Primärenergie;
- Deckung von 70 % bis 75 % des Primärenergiebedarfs für die Stromerzeugung durch feste Brennstoffe und Kernenergie;
- Förderung der Inanspruchnahme erneuerbarer Energiequellen, und deren Beitrag zur Energieverwertung der Gemeinschaft zu steigern;
- Befolgung einer Energiepreispolitik, die mit den auf Gemeinschaftsebene aufgestellten Energiezielen vereinbar ist.

Diese Orientierungen wurden zwar für die Gemeinschaft insgesamt festgelegt, der Rat hob in seiner Entschließung aber hervor, daß im Hinblick auf diese Orientierungen eine verstärkte Konvergenz der Energiepolitik der Mitgliedstaaten wichtig ist. Er ersuchte daher die Kommission um Vorlage jährlicher Berichte über die bisherige Entwicklung sowie um entsprechende Empfehlungen und Vorschläge.

⁴⁾ Abl. C 149, 18. Juni 1980

Fortschritte auf Gemeinschaftsebene

9. Auf Gemeinschaftsebene zeigen zahlreiche Kennzahlen über den Strukturwandel eine deutliche Tendenz nach oben, sowohl gegenüber der Zeit vor drei Jahren, unmittelbar vor Verabschiedung der Entschließung von 1980, als auch gegenüber 1973. Dies gilt vor allem für den Erdöleinsatz und für die Struktur des Brennstoffverbrauchs in Kraftwerken:

- Der Ölverbrauch innerhalb der Gemeinschaft ging von 537 Mio. t ROE im Jahre 1979 auf 425 Mio. t ROE 1982 zurück (– 21 %), was einem erheblicheren Rückgang als bei der Gesamtenergienachfrage (– 11,5 %) entspricht; der Erdölanteil am gesamten Binnenverbrauch sank von 54,5 % 1979 auf 49 % im Jahre 1982. Im gleichen Zeitraum fiel die Nettoerdöleinfuhr von 487 Mio. t ROE auf 323 Mio. t ROE (– 34 %) aufgrund der Nachfrageflaute und einer spürbaren Steigerung der jährlichen Eigenförderung von Erdöl in der Gemeinschaft (+ 30 % bzw. 26 Mio. t ROE).
- Der Anteil fester Brennstoffe und der Kernkraft an der Stromerzeugung⁵⁾ stieg von 58 % im Jahre 1979 (45 % feste Brennstoffe, 13 % Kernkraft) auf 69 % im Jahre 1982 (46 % feste Brennstoffe, 23 % Kernkraft).

Die wichtigsten Zahlen sind der Tabelle 1 (Anhang 1) zu entnehmen; darin sind auch die Zahlen für 1973 sowie die später erwähnten Projektionen für 1985 und 1990 enthalten.

⁵⁾ ausgedrückt in Brennstoffeinsatzwerten

10. Nicht ganz so leicht lassen sich die Entwicklungen bei den Energieeinsparungen auf Gemeinschaftsebene interpretieren. Der Energiekoeffizient (das Verhältnis zwischen Energie und BIP) sank in der zweiten Hälfte der 70er Jahre spürbar (0,63 zwischen 1975 und 1980), verglichen mit dem Jahrzehnt vor der ersten Ölkrise von 1973 bis 1974.

Wie die Kommission aber bereits im Bericht über die Energiepolitikprogramme der Mitgliedstaaten vom vergangenen Jahr bemerkte, ist der Energiekoeffizient kein zuverlässiger Anhaltspunkt für Fortschritte in Richtung auf eine rationellere Energienutzung; dafür gibt es drei wichtige Gründe:

- er kann steigen anstatt zu fallen, weil Strom aus Kraftwerk und Kohle den unmittelbaren Öleinsatz verdrängen kann (aufgrund der Umwandlungsverluste bei der Stromerzeugung);
- statistisch gesehen ist er äußerst unbeständig bei geringem Wirtschaftswachstum, so wie wir es in den letzten Jahren kannten;
- schließlich waren einige der energieintensiven Industriezweige durch die Rezession besonders stark betroffen, wodurch der Zähler bei der Berechnung des Koeffizienten künstlich schrumpft.

In einer Analyse ⁶⁾ der Gründe für den rückläufigen Energieverbrauch haben die Dienststellen der Kommission jedoch Anhaltspunkte dafür gewonnen, daß seit 1973 in der Gemeinschaft insgesamt tatsächliche Fortschritte bei der Verringerung des Endenergieverbrauchs pro Produkteinheit einiger Wirtschaftszweige erzielt wurden. Diese Fortschritte haben sich seit 1979 vor allem im industriellen und tertiären Sektor festgesetzt:

Veränderung des Endenergieverbrauchs, EUR-10

	1973 bis 1979	1974 bis 1981
	Millionen t ROE	
Insgesamt	+ 34,1	-58,0
als Ergebnis von		
a) veränderter wirtschaftlicher und industrieller Tätigkeit	+101,1	+ 6,3
b) veränderter wirtschaftlicher und industrieller Struktur	+ 3,7	- 4,0
c) verändertem Endenergieverbrauch je Produktionseinheit	- 61,3	-61,2

Wie weiter unten (TZ 16) gezeigt wird, war der Fortschritt in den einzelnen Mitgliedstaaten jedoch sehr unterschiedlich.

11. Bei der Einführung neuer und erneuerbarer Energiequellen wurden bisher nur wenige Fort-

⁶⁾ Wird demnächst in „Europäische Wirtschaft“ veröffentlicht.

schritte erzielt. Ihr Gesamtbeitrag zum Binnenenergieverbrauch der Gemeinschaft betrug 1979 rund 14 Millionen t ROE bzw. 1,4 %. Auch 1982 lag diese Zahl bei 14 Mio. t ROE, was 1,6 % eines insgesamt niedrigeren Gesamtverbrauchs entspricht. Außerdem kam in all diesen Jahren nahezu der gesamte Beitrag aus Wasserkraftstrom, womit rund 5 % des Elektrizitätsbedarfs der Gemeinschaft insgesamt und etwa 11 % in Frankreich und Italien gedeckt werden. Diese Zahlen berücksichtigen nicht die begrenzte Verwendung z. B. von Sonnenkollektoren und Wärmepumpen in der Gemeinschaft (deren Beitrag sich nur in reduziertem Energieverbrauch und nicht in den Angebotszahlen widerspiegelt); daher wird der tatsächliche Beitrag neuer und erneuerbarer Energiequellen und neuer Energietechnologien ungenügend wiedergegeben. Aber selbst unter Berücksichtigung dieser statistischen Unzulänglichkeiten wird deutlich, daß neue und erneuerbare Energiequellen erst später in der Energieversorgung der Gemeinschaft wichtiger werden; dies wird das Ergebnis anhaltender Bemühungen in F, EuD sowie der kommerziellen Einführung neuer Technologien sein.

12. Fortschritte in der Preispolitik sind in Absatz 25 zusammengefaßt.

Fortschritte in den Einzelstaaten

13. In sämtlichen Mitgliedstaaten ging der inländische Ölverbrauch seit 1979 stark zurück. Der Grad des Rückgangs war allerdings sehr unterschiedlich (Tabelle 2). Prozentmäßig war er am größten in Dänemark (-30,4 %), Irland (+28,3 %) und in den Niederlanden (-29 %) und am kleinsten war er in Griechenland (-3,3 %) und Italien (-10,2 %). Gerechnet nach dem Anteil des Erdöls am Binnenenergieverbrauch erfüllen bzw. übertreffen bereits drei Länder (Vereinigtes Königreich, Niederlande und Luxemburg) die Orientierung der Gemeinschaft von rund 40 %, während drei andere Länder (Frankreich, Italien und Dänemark) noch zu rund zwei Dritteln bei ihrer Energieversorgung vom Öl abhängen.

14. Die Ungleichheit zwischen den Mitgliedstaaten wird noch deutlicher, betrachtet man die Aufstellung der Öleinfuhrabhängigkeit und der Nettobelastungen durch Öleinfuhren (Tabelle 3).

Nach wie vor gibt es auffallende Unterschiede in der Öleinfuhrabhängigkeit. Italien hängt noch immer zu 67 % seines Primärenergieverbrauchs von Öleinfuhren ab, während das Vereinigte Königreich heute ein beachtlicher Nettoexporteur ist. Schließt man das Vereinigte Königreich bei den Berechnungen aus, so ist die durchschnittliche Öleinfuhrabhängigkeit (einschließlich der Einfuhren aus dem Vereinigten Königreich) der übrigen neun Mitgliedstaaten mit 46 % (gegenüber 36 % für die Zehner-Gemeinschaft) nach wie vor hoch.

Als Prozentsatz des BIP stellen die Nettoöleinfuhren zudem für acht der zehn Mitgliedstaaten der Gemeinschaft 1982 eine größere wirtschaftliche Be-

lastung als 1974 dar. Für Italien, Belgien, Irland und Griechenland liegen sie bei rund 6 % des BIP. Abgesehen vom Vereinigten Königreich hat nur ein Land (Irland) seine Öleinfuhrrechnung als Anteil am BIP tatsächlich reduziert. All dies unterstreicht die anhaltende Verwundbarkeit der Gemeinschaftsländer bei künftigen Spannungen auf den Weltölmärkten.

Im übrigen, und hauptsächlich, trotz der generellen Verminderung der Ölimporte in die Gemeinschaft, hat die Preiserhöhung der importierten Energien zur Folge, daß die Netto-Importkosten in Zusammenhang mit dem BIP heute die gleichen (3,8 %) als 1974 sind.

15. Auch die Abkehr vom Öl bei der Stromerzeugung zeigt erhebliche Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten. Vier Gemeinschaftsländer haben bereits die von der Gemeinschaft als Orientierung vorgegebene Deckung von 70 bis 75 % durch Kernenergie und/oder feste Brennstoffe erreicht, und zwei weitere sind nicht weit davon entfernt:

- 91,5 % des dänischen Stroms wird auf Kohlebasis erzeugt;
- im Vereinigten Königreich werden 68 % des Stroms aus Kohle und 18 % aus Kernenergie gewonnen;
- 62 % des deutschen Stroms wird aus festen Brennstoffen und 19 % aus Kernenergie gewonnen;
- mehr als 51 % der französischen Stromerzeugung stammt aus Kernenergie und mehr als 24 % aus Kohle;
- in Belgien haben Kohle und Kernenergie jeweils einen Anteil in Höhe von etwa 32 % an der Gesamtstromerzeugung;
- in Griechenland werden bereits 62 % des Stroms auf der Basis von Steinkohle und Braunkohle erzeugt.

In den übrigen vier Ländern überwiegt jedoch die Verwendung von Öl oder Gas.

- Irland hat seinen Ölverbrauch im Elektrizitätssektor seit 1980 halbiert. Die Umstellung erfolgte jedoch auf Kinsale-Gas (das heute 48 % des Stroms liefert), und der Einsatz fester Brennstoffe nahm geringfügig zu (auf 23 % der Gesamtstromerzeugung);

III. Aussicht auf weitere Fortschritte

17. Tabelle 1 enthält eine Aufstellung der Energieversorgung und des Energiebedarfs in der Gemeinschaft, wie sie nach den letzten Angaben der Mitgliedstaaten für die Jahre 1985 und 1990 zu erwarten sind. Falls die Annahmen, die diesen Zahlen zugrunde liegen, sich als richtig erweisen,

- dürfte der Ölanteil am Inlandsenergieverbrauch 1990 auf 41 % zurückgehen (und damit in etwa den Orientierungen für 1990 entsprechen);

- Italien erzeugt weiterhin 59 % seines Stroms aus Öl und 10 % aus Gas. Nur 30 % werden aus anderen Quellen gewonnen (13 % aus festen Brennstoffen, 5 % aus Kernenergie und 12 % aus Wasserkraft).

- In den Niederlanden ist die Verwendung von Öl im Elektrizitätssektor seit 1980 um 46 % zurückgegangen. Der Anteil der festen Brennstoffe hat sich verdoppelt, während die Verwendung von Gas, das nach wie vor der bedeutendste Einzelbrennstoff ist, ebenfalls anstieg. Bei einem geringen Rückgang der Kernenergie blieb der Anteil fester und nuklearer Brennstoffe mit weniger als 30 % sehr niedrig*)

16. Die in den Mitgliedstaaten seit 1973 bei der rationelleren Energieverwendung erzielten Fortschritte sind aus den Tabellen 4 und 5 ersichtlich. Wie bereits erwähnt, ist das Bild von Land zu Land sehr unterschiedlich. In Belgien, Frankreich, Irland und Luxemburg gab es besonders auffällige Verringerungen des Verhältnisses zwischen inländischem Energieverbrauch und BIP (Energieintensität) nach dem ersten Ölschock von 1973. Dagegen scheinen im gleichen Zeitraum im Vereinigten Königreich Veränderungen der wirtschaftlichen und industriellen Struktur den Gesamtenergieverbrauch wesentlich stärker beeinflußt zu haben. In jüngster Zeit wurden anhaltende Verbesserungen der Energieintensität in allen Ländern — ausgenommen Italien und das Vereinigte Königreich — festgestellt, wenn sie auch nicht mehr so ausgeprägt waren wie zuvor. Die Entwicklung in Italien ist das Gesamtergebnis aus einer verbesserten Energieintensität im privaten und tertiären Sektor und einer weniger starken im Industriebereich. Die Energieintensität der Industrie hat sich im Vereinigten Königreich besonders wenig verbessert; hier ist die günstige Entwicklung des Endenergieverbrauchs weitgehend auf die besonders niedrige gesamtwirtschaftliche Aktivität zurückzuführen. Diese Angaben vermitteln zwar nur ein grobes Trendbild, sie zeigen aber doch, daß es gewissen Grund zur Besorgnis gibt. Weitere Fortschritte können durchaus nicht als gesichert angesehen werden. Die ganz einfachen Verbesserungen der Energieintensität, etwa durch Gebäudeisolierung, sind bereits vorgenommen worden. Weitere Fortschritte können nur durch hohe Investitionen in der Energieeinsparung und verstärkte Anwendung neuer und effizienterer Technologien erreicht werden.

- dürfte der Anteil der Kohle und der Kernenergie an der Stromerzeugung auf 80 % ansteigen (und damit über den Orientierungszahlen liegen);
- dürfte der Energiekoeffizient für die zweite Hälfte des Jahrzehnts auf 0,5 fallen (eine Verbesserung gegenüber den Orientierungszahlen);

*) Luxemburg ist weiterhin in starkem Maße vom Gas abhängig, insbesondere jedoch von Kokerei- bzw. Hochofengas.

- dürfte der Anteil neuer und regenerierbarer Energiequellen von 1,4% auf 2,6% des inländischen Gesamtenergiebedarfs steigen (die obigen Ausführungen bezüglich der statistischen Unzulänglichkeiten sind dabei zu berücksichtigen).

Vorausschau

18. Auch die einzelnen Vorausberechnungen der Mitgliedstaaten lassen für jedes Land Verbesserungen gegenüber den Zahlen von 1982 erwarten:

- In Belgien dürfte der Ölanteil am Gesamtprimärenergiebedarf auf 37% zurückgehen, wobei der Beitrag der Kernenergie zur Stromerzeugung sich mehr als verdoppelt, der Einsatz von Kraftwerkskohle um 35% steigt und die Energieintensität erheblich zurückgeht.
- In Dänemark dürfte die Verwendung fester Brennstoffe trotz des beim Kohleeinsatz im Elektrizitätssektor erreichten Deckungsgrades weiterhin ständig zunehmen (um 44% während des restlichen Jahrzehnts), während gleichzeitig in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts immer mehr Gas aus dem dänischen Nordseesektor Verwendung finden wird, das weitgehend das Heizöl ersetzen soll.
- Die Ölabhängigkeit dürfte auf unter 40% fallen. Da der Beitrag der Kernenergie um das 2,3fache und die Verwendung fester Brennstoffe im Elektrizitätssektor um 15% steigen sollen, dürften diese Energieträger 86% der Gesamtstromversorgung liefern.
- In Frankreich dürfte die Ölabhängigkeit von 51% auf 35% zurückgehen, da die nukleare Stromerzeugung gegenüber den Zahlen von 1982 verdoppelt werden soll.
- Griechenland dürfte seine Ölabhängigkeit von 72% auf 56% senken und zwar durch massive Erhöhung des Einsatzes fester Brennstoffe (+274%), vor allem für die Stromerzeugung, und trotz des voraussichtlichen Anstiegs des Ölverbrauchs.
- Irland dürfte seine Ölabhängigkeit auf weniger als 48% senken, und zwar durch eine Zunahme des Verbrauchs fester Brennstoffe um 270%, vor allem in Kraftwerken (zwei Drittel davon sollen eingeführt werden).
- Italien dürfte seine Ölabhängigkeit von 68% auf unter 52% senken und zwar durch Vervierfachung des Einsatzes fester Brennstoffe im Elektrizitätssektor und der Kernenergie durch Erhöhung des Erdgasimports — hauptsächlich für Hausbrand- und Industriezwecke — um 260% und durch einen Anstieg der Sonnenenergie und der Wasserkraft.
- Der Ölanteil an der Gesamtenergiebilanz Luxemburgs dürfte ebenfalls sinken (auf 31%), was zum größten Teil auf den verstärkten Einsatz fester Brennstoffe und von Gas zurückzuführen ist.

- In den Niederlanden dürften eine Verdoppelung des Kohleeinsatzes im Elektrizitätssektor, der vermehrte Kohleeinsatz in anderen Bereichen sowie die erhöhte Verwendung von Gas in Industrie und privaten Haushalten den erwarteten Anstieg des Inlandsölverbrauchs mehr ausgleichen und die Ölabhängigkeit auf 32,5% senken.

- Im Vereinigten Königreich dürfte der Kohle- und Kernenergieanteil an der Stromerzeugung bis 1990 durch die Inbetriebnahme neuer Kernkraftwerke seinen höchsten Stand in der Gemeinschaft erreichen (93%). Der Einsatz von Gas dürfte weiter zunehmen, und in der Industrie dürfte die Kohle als Ausgleich für den Rückgang im Elektrizitätssektor weiter vordringen.

Unsichere Hypothesen

19. Auf den ersten Blick sind diese Prognosen relativ günstig. Aber wie bei der vorjährigen Übersicht über die nationalen Programme sind die Hypothesen, auf denen sie basieren, sehr ungewiß. Wegen der neuen Lage auf dem Ölmarkt (siehe unten), sind die Ungewißheiten sogar noch größer. Vor allem folgende Annahmen liegen zugrunde:

- hohe Investitionen im Elektrizitätssektor, vor allem in Italien (wo ein umfangreiches Bauprogramm durchgeführt werden muß, wenn der aus Kernenergie und Kohle gewonnene Strom den geplanten Anteil an der Stromerzeugung auch nur annähernd erreichen soll), in den Niederlanden (wo ein beachtliches Umstellungsprogramm läuft), in Belgien und Deutschland (sowohl im Kohle- als auch im Kernenergiebereich) in Frankreich (Kernenergie) und in Griechenland (Braunkohle). In ihrem Jahresbericht über den Stand der Investitionen im Elektrizitätssektor im vergangenen Dezember gab die Kommission bekannt, daß die Zahl der geplanten oder im Bau befindlichen Kraftwerke den niedrigsten Stand seit 1977 erreicht hatte⁷⁾;
- größere Programme zur Erschließung einheimischer, wirtschaftlicher Energiequellen (insbesondere Kohle, Öl und Gas im Vereinigten Königreich, Öl und Gas in Dänemark, Braunkohle in Griechenland, Torf in Irland);
- verstärktes Vordringen fester Brennstoffe im industriellen Bereich. Der gesamte Einsatz fester Brennstoffe soll nach den Vorausberechnungen zwischen 1982 und 1990 um 28% bzw. 59 Millionen t ROE ansteigen. 31 Mio. t dieses Bedarfszuwachses dürften auf den Elektrizitätssektor entfallen. Der gesamte Rest müßte von der allgemeinen Industrie aufgenommen werden, sofern nicht die Stahlindustrie ihren Koks-kohlebedarf erheblich steigert;

⁷⁾ KOM(82) 833 endg.

^{*)} Wie in den letzten Jahresberichten der Nationalen Programme schon angegeben, arbeitet die Kommission alternative Szenarien aus über Energieversorgung und Nachfrage die auf den verschiedenen Voraussetzungen der Hauptvariablen basieren.

— steigender Gasverbrauch außerhalb des Kraftwerksbereichs. Bei den Planungen wird davon ausgegangen, daß der Gasverbrauch um 46 Millionen t ROE bzw. 29% steigen, bei den Kraftwerken jedoch um etwa 2 Millionen t ROE fallen wird. Man erwartet daher, daß in der Industrie, im Handel und in den Privathaushalten erhebliche Zusatzmengen verbraucht werden.

20. Der Realismus dieser Annahme hängt wiederum in entscheidender Weise von drei weiteren miteinander zusammenhängenden Faktoren ab. Beim ersten handelt es sich um die finanziellen Zukunftsaussichten der Energiewirtschaft. Überall in der Gemeinschaft leidet die Elektrizitätsindustrie stark unter der Rezession, und in einer Reihe von Ländern (insbesondere in Italien) haben die Kraftwerke Mühe, die Mittel für die Finanzierung der geplanten Investitionsprogramme bereitzustellen. Dies gilt auch für den Kohlebergbau der Gemeinschaft. Mit dem in den zwei Jahren erfolgten Rückgang der Nachfrage nach Kohle sind die Halbenbestände auf Rekordhöhen gestiegen, was die ohnehin schwierige Finanzlage dieser Industrie noch verschärft hat. Die öffentlichen Beihilfen sind mit insgesamt 3 844 Millionen ECU mehr als dreimal so hoch wie 1974. Auch die Raffineriewirtschaft ist bei weitem nicht gesund.

21. Zweitens die Aussichten auf ein Wirtschaftswachstum. Der erwartete Wirtschaftsaufschwung dürfte die Finanzlage der Versorgungsunternehmen verbessern und ein günstigeres Klima für Investitionen im gesamten Energiesektor schaffen. Er wird auch die Umschlagsgeschwindigkeit des Kapitals in der Industrie erhöhen und somit die Aussichten auf die Einführung energiewirksamerer Ausrüstungen vergrößern. Er dürfte dazu beitragen, die den Regierungen und der Industrie für die Entwicklung neuer Technologien zur Verfügung stehenden Mittel zu vermehren. In den Vorausschätzungen sind diese Elemente jedoch bereits berücksichtigt. Sie beruhen auf einer Rückkehr zu verhältnismäßig hohen Wirtschaftswachstumsraten (durchschnittlich + 2,7% im Zeitraum 1980 bis 1985 für die gesamte Gemeinschaft). Sollte sich diese Einschätzung des Wirtschaftswachstums als zu optimistisch erweisen (und die Kommission vertritt weiterhin die Ansicht, daß die so sein dürfte) dürften das Investitionstempo und die Innovationstätigkeit zur Umstrukturierung von Energieangebot und -nachfrage in den von den derzeitigen politischen Voraussetzungen ausgehenden Projektionen der Mitgliedstaaten ebenfalls überbewertet sein.

Ölpreise

22. Die schwerwiegendsten Fragen hängen jedoch mit den Wirkungen der fallenden Ölpreise auf die Wahrscheinlichkeit dieser Prognosen zusammen. In der Übersicht über die Energieprogramme der Mitgliedstaaten vom Vorjahr hatte die Kommission auf die Gefahr aufmerksam gemacht, daß schon ein weiteres Fallen der realen (nicht nur der nominalen) Ölpreise das Tempo der Umstrukturierung dadurch bremsen könnte, daß Unsicherheiten bei Ver-

brauchern und Investoren hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit der alternativen Energiequellen entsteht. Die tatsächliche Entwicklung seitdem hat diese Gefahr vergrößert.

Das Fallen des Dollarpreises für Rohöl in den letzten zwei Jahren und die damit verbundene Instabilität des Marktes hat sowohl ein Klima der Unsicherheit hinsichtlich der Zukunft erzeugt als auch Skepsis bezüglich der bisherigen mittel- und langfristigen Ölpreiserwartungen aufkommen lassen. Die Tatsache, daß das Fallen des Dollarpreises für Rohöl in der Gemeinschaft bisher durch das Steigen des Dollarkurses ausgeglichen wurde, hat die Verunsicherung eher vergrößert als vermindert. In den Prognosen der Mitgliedstaaten, die sämtlich schon lange vor dem Einbruch am Ölmarkt Ende 1982/Ende 1983 ausgearbeitet worden waren, spiegelt sich weder Unsicherheit noch die Erwartung eines geringeren Ölpreisanstiegs wider. Sie berücksichtigen somit nicht die möglichen Auswirkungen der Ölmarktentwicklung auf folgende Bereiche:

- Feste Brennstoffe, die unter zunehmenden Wettbewerbsdruck des schweren Heizöls geraten könnten, insbesondere, wenn der Heizölpreis schneller fällt als der für Rohöl, was sehr wohl eintreten könnte;
- Verbrauch an Erdgas. Der Preis für importiertes Erdgas hat in den vergangenen drei Jahren eine erhebliche Steigerung erfahren, die sich auch in den Verbraucherpreisen besonders für die Industrie, ausdrückte. Im Ergebnis haben in manchen Ländern die Erdgaspreise die Preise für Heizöl bereits erreicht und in einigen Fällen sogar überholt. Als die Industrie wieder auf Öl umstellte, ging in Deutschland der Erdgasverbrauch um 14% und Belgien und Luxemburg um 25% zurück. Dieser Trend könnte durch fallende Ölpreise intensiviert werden, so lange jedenfalls, wie die Indexierungsmechanismen keine ausgleichende Senkung des Gaspreises bewirken. Dies könnte sich wiederum auf die Wirtschaftlichkeit zusätzlicher Gasangebote auswirken;
- Exploration und Entwicklung von Kohlenwasserstoffvorkommen in der Gemeinschaft. Die Ausgaben für Suchbohrungen nach Öl und Gas in der Nordsee blieben bisher unverändert. Es erfolgte jedoch eine verhältnismäßig schwache Reaktion auf die achte Lizenzvergabe der britischen Regierung — jedenfalls soweit es sich um Öl handelte — und ein Rückgang in den Entwicklungsinvestitionen im Jahre 1982. Das Tempo, in dem die Nordseevorkommen in Zukunft entwickelt werden, wird von technologischen Faktoren, von der Abnahmefähigkeit der Mineralölgesellschaften selbst, von der Besteuerung sowie von der voraussichtlichen Entwicklung der Ölpreise abhängen. Die britische Regierung hat vor kurzem umfangreiche Maßnahmen zur Verringerung der Steuerlasten vorgeschlagen, die dazu beitragen sollen, das Entwicklungstempo, insbesondere für marginale Vorkommen, beizubehalten⁸⁾. Es wird jedoch mehr

⁸⁾ Einige davon waren in der vom Parlament unmittelbar vor seiner Auflösung angenommenen „Finance Act

getan werden müssen, um die Aktivität in der gesamten Gemeinschaft — nicht nur in der Nordsee — in einem Klima gedämpfter Ölpreiserwartungen aufrechtzuerhalten, die das Interesse der Privatwirtschaft an der Erforschung ölhöflicher Gebiete lähmt.

- Investitionen auf dem Gebiet der Energieeinsparungen. Ein stärkeres Wirtschaftswachstum wird die Verfügbarkeit finanzieller Mittel für Investitionen auf dem Gebiet der rationellen Energienutzung vermehren. Selbst im Fall eines erheblichen Preissturzes bei Rohöl werden Investitionen für Energiesparmaßnahmen ihre Attraktivität behalten. Einige werden jedoch an die Grenze der Rentabilität gedrängt werden. Und die Bereitschaft vieler potentieller Investoren zum Einsatz finanzieller Mittel könnte durch die fortwährende Unsicherheit hinsichtlich der künftigen Entwicklung auf dem Ölmarkt erheblich beeinträchtigt werden. Die Untersuchung der Kommission vom letzten Jahr über die Investitionstätigkeit im Bereich der rationellen Energienutzung⁹⁾ läßt erkennen, welche Bedeutung potentielle Anleger einer größeren Sicherheit hinsichtlich der Markttrends beimessen. Die neueste Marktentwicklung wird ihr Vertrauen eher erschüttern als gefestigt haben;
- Technologische Entwicklung. Ein stärkeres Wirtschaftswachstum wird Mittel für Forschung, Entwicklung und Demonstration freimachen, niedrigere Ölpreise können aber ihre Verwendung im Energiesektor bremsen. Es gibt bereits deutliche Anzeichen für ein schwindendes Interesse der Privatwirtschaft an der Entwicklung moderner Techniken für die Bereitstellung regenerierbarer Energien und zur Nutzung fester Brennstoffe. Zwei Kohleverflüssigungsprojekte wurden z. B. in der Gemeinschaft bereits ausgesetzt, weil sich die daran beteiligten privaten Firmen zurückgezogen haben; und eine Reihe von Kohlevergasungsprojekten wird erneut

überprüft. Die Neueinschätzung des voraussichtlichen längerfristigen Ölpreistrends hat bei dieser Entwicklung eine wichtige Rolle gespielt.

Energieeinfuhr

23. Künftige Aktionen müssen auch die Begleiterscheinungen der wachsenden Einfuhrabhängigkeit der Gemeinschaft von anderen Energieträgern als Öl berücksichtigen.

Wie schon angegeben (S. 9) waren 1982 die Netto Importkosten für Energie, im Verhältnis zum BIP (3,8%) genauso hoch wie 1974.

Aus Tabelle 1 geht hervor, daß die Mitgliedstaaten von einer erheblichen Steigerung der Einfuhren von Gas und festen Brennstoffen zum Ersatz von Öl ausgehen. Die Kernpunkte des Problems wurden letztes Jahr in dem Bericht der Kommission über die Energieprogramme der Mitgliedstaaten hervor gehoben. Wegen der Aussicht auf stärkere Einfuhren gilt es, Bestrebungen zu unterstützen, mit denen nachstehende Zwecke verfolgt werden:

- wirtschaftliche Energiequellen innerhalb der Gemeinschaft selbst zu finden und zu erschließen, damit die Versorgungssicherheit erhöht und die Zahlungsbilanzprobleme verringert werden;
- Stabilität und Sicherheit des außergemeinschaftlichen Energieangebots sicherzustellen und
- die Flexibilität der Energieversorgungssysteme in der Gemeinschaft zu erhöhen und die Abmachungen für unvorhergesehene Ereignisse zu verbessern, um einen Schutz gegen Versorgungsunterbrechungen zu schaffen (einschließlich umfassender gegenseitiger Verbindungen und angemessener Lagerhaltungs- und Bewirtschaftungsmaßnahmen).

IV. Entwicklung einer Energiestrategie für die Gemeinschaft

24. In den letzten beiden Jahren hat die Kommission eine große Zahl von Vorschlägen für gemeinschaftliche Maßnahmen gemacht, die alle von den energiepolitischen Zielen für das Jahr 1990 ausgehen, aber auch die im vorausgegangenen Abschnitt entwickelten Vorstellungen einbeziehen, und die Leitlinien und Prioritäten der Mitteilung vom Oktober 1981 zur Entwicklung einer Gemeinschaftsstrategie für die Energieversorgung¹⁰⁾ verarbeiten. In dieser Mitteilung hatte die Kommission:

- eine schnellere Diversifizierung der Energieversorgung und bessere Nutzung der Energie in der Gemeinschaft gefordert,

1983“ enthalten; aber insbesondere die vorgeschlagene Senkung der Royalties hängt vom Ausgang der Wahl ab.

⁹⁾ KOM(82)24 endg.

¹⁰⁾ KOM(81) 540 endg.

- die Mitgliedstaaten zu einer stärkeren Abstimmung ihrer Energiepolitik und zur Bereitschaft zu einer gemeinsamen Disziplin bei der Verfolgung der Strategieziele angehalten (dies ist eine wesentliche Konsequenz der Vereinbarung über langfristige Ziele),

- für eine stärkere Zusammenfassung der Forschungs- und Finanzierungskapazitäten der Mitgliedstaaten plädiert, um die Gemeinschaftsdimension optimal zu nutzen, was bedeuten würde, daß mehr Gelder über den Gemeinschaftshaushalt in die Energieversorgung fließen müßten, und

- fünf Prioritäten für das Vorgehen der Gemeinschaft gesetzt, um vor allem folgendes sicherzustellen:

- ausreichende Investitionen (auf der Angebots- wie der Nachfrageseite),
- gemeinsames Vorgehen bei der Preisgestaltung und Energiebesteuerung (die Mitgliedstaaten hatten sich bereits auf gemeinsame preispolitische Grundsätze festgelegt in den Entschlüssen aus dem Jahre 1980 betreffend energiepolitische Ziele für 1990 und neue Leitlinien für Energiesparmaßnahmen),
- stärkere Innovationsförderung durch Ausbau der Gemeinschaftshilfe für FuE- und Demonstrationsvorhaben,
- Maßnahmen zur Stabilisierung der Energiemärkte,
- mehr Gemeinsamkeit in den Außenbeziehungen, soweit sie die Energieversorgung betreffen.

25. Seit Oktober 1981 sind die für Energiefragen zuständigen Minister viermal im Ministerrat zusammengekommen. Darüber hinaus gab es noch eine inoffizielle Zusammenkunft am 16. Dezember 1982 in Kopenhagen, auf der die Kohlepolitik besprochen wurde. Eine vollständige Liste der Kommissionsmitteilungen und Vorschläge, die von den Ministern diskutiert worden sind, findet sich in Anlage 2. Schwerpunkte der Diskussion waren folgende Themen:

Investitionen für eine rationelle Energienutzung

Anfang 1982 hatte die Kommission eine ausführliche Analyse über Möglichkeiten und Grenzen von Investitionen für Energieeinsparungen und für die Umstellung von Öl auf Kohle¹¹⁾ vorgelegt. Im Juli 1982 hatte der Rat dann den Mitgliedstaaten eine Reihe von Maßnahmen zur Förderung derartiger Investitionen im nationalen Rahmen empfohlen. Im Oktober 1982 folgte ein Kommissionsvorschlag (Verordnungsentwurf) für ergänzende Investitionsförderung durch Finanzhilfen der Gemeinschaft (Zinszuschüsse aus dem Gemeinschaftshaushalt für Darlehen aus den Finanzierungsinstrumenten der Gemeinschaft) für bestimmte Arten von Investitionen auf diesem Gebiet.

Preisbildung

Die Arbeit der Kommission auf diesem Gebiet war Gegenstand eines Berichts, der vom Rat im November 1982 erörtert wurde¹²⁾. Ein weiterer Bericht wird folgen. Die Tätigkeit konzentrierte sich auf vier Bereiche:

- Entwicklung und Verfeinerung der im Juni 1980 vereinbarten Grundsätze. In einer Mitteilung vom Oktober 1981¹³⁾ hat die Kommission spezifische Vorschläge unterbreitet, welche die

Grundlage für die Weiterentwicklung der Gemeinschaftspolitik in diesem Bereich bildeten;

- verbesserte Transparenz der Energiepreise, um Verbraucher und Investoren besser informieren und die Anwendung der Preisbildungsprinzipien besser verfolgen zu können. Im Hinblick auf die Transparenz wird die Kommission halbjährlich ein Energiepreis-Bulletin veröffentlichen. Kommission, Industrie und Mitgliedstaaten erörtern Maßnahmen, mit deren Hilfe in jedem Sektor angemessene Preistransparenz erzielt werden soll;
- Entwicklung von Leitlinien für die Übertragung der allgemeinen Grundsätze in die Praxis bestimmter Sektoren. In 1981 hat der Rat eine Empfehlung an die Mitgliedstaaten betreffend die Strukturen der Elektrizitätstarife in der Gemeinschaft ausgesprochen; im April 1983 folgte eine entsprechende Empfehlung über die Bildung der Preise und Tarife für Erdgas in der Gemeinschaft¹⁵⁾.
- Sorgfältige Beobachtung der nationalen Politik um sicherzustellen, daß die anerkannten Preisbildungsgrundsätze angewandt werden und die Preispraktiken mit den Wettbewerbsregeln der Gemeinschaft vereinbar sind. Dies bedeutet eingehende Analyse von Fall zu Fall in einem sehr komplexen Fragenbereich. Die Kommission wird die Mitgliedstaaten um weitere Informationen ersuchen, um besser beurteilen zu können, wo auf diesem Gebiet Fortschritte gemacht wurden und wo Änderungen dringend nötig sind.

Forschung, Entwicklung und Demonstrationsvorhaben

Im Dezember 1982 hat die Kommission dem Rat ein Rahmenprogramm für die FuE-Hilfen der Gemeinschaft vorgelegt, in dem die Energiewirtschaft wieder einen besonderen Platz einnimmt¹⁶⁾.

Ein Vorschlag für ein 3. FuE-Programm wird dem Rat vorgelegt sowie ein Vorschlag für ein Programm für die Gemeinsame Forschungsstelle, das einen beträchtlichen Energieteil beinhaltet.

Im Bereich der Demonstrationsvorhaben bleibt ein Fortschritt bei der Festlegung eines soliden Rahmens für künftige Aktionen trotz fast zweijähriger Diskussion im Rat blockiert; trotz einer vor fast einem Jahr von den Dienststellen der Kommission auf Anregung des Rates vorgenommenen sehr positiven Evaluierung des Gemeinschaftsprogramms und der nationalen Programme; und trotz der grundsätzlichen Annahme der Rolle der Gemeinschaftsprogramme durch den Rat. Zwei Jahre lang sind die Programme nun auf einer „Hand in den Mund-Basis“ gelaufen und der Rat hat keine Entscheidung über die Höhe der benötigten Hilfe, die

¹¹⁾ KOM(82) 24 endg.

¹²⁾ KOM(83) 651 endg.

¹³⁾ KOM(81) 539 endg.

¹⁴⁾ Eine erste Probenummer erschien im Dezember 1982; eine zweite Ausgabe wird demnächst herausgegeben.

¹⁵⁾ Empfehlung 83/230, Abl. Nr. L 123, 11. 5. 1983, S. 40

¹⁶⁾ KOM(82) 865 endg. und KOM(83) 260 endg.

für ein glaubwürdiges Gemeinschaftsprogramm notwendig ist, getroffen. Wir sind nun fast in der Hälfte des ersten von der Kommission¹⁷⁾ vorgeschlagenen Programms und nicht einmal für das Jahr 1983 selbst hat eine endgültige Entscheidung getroffen werden können.

Kohle und andere feste Brennstoffe

Im Februar 1982 hatte die Kommission dem Rat eine Mitteilung über die Stellung der Kohle in der Energiestrategie der Gemeinschaft vorgelegt¹⁸⁾. Darin waren eine Reihe von Vorschlägen für eine stärkere Nutzung der Kohle, die Modernisierung der Kohle-Technologie, die Gesundung des Bergbaus der Gemeinschaft und die Förderung einer störungsfreien Entwicklung der Kohleerzeugung aus dritten Ländern gemacht worden. Später legte die Kommission auch einen Bericht über die Braunkohlen- und Torfgewinnung in der Gemeinschaft vor¹⁹⁾.

Über die Kohle wurde 1982 auf drei Ratstagungen gesprochen, aber Fortschritte gab es erst im Dezember, als sich die Minister inoffiziell in Kopenhagen trafen und ein gemeinsames Interesse an einer ausgewogenen umfassenden Strategie für alle festen Brennstoffe bekundeten; sie erklärten sich dann auch bereit, Vorschläge der Kommission hierzu zu prüfen. Die Kommission hat daraufhin ein Arbeitsprogramm für diesen Bereich ausgearbeitet²⁰⁾, das am 21. April 1983 von den Ministern in Luxemburg diskutiert wurde. Inzwischen sind auch zwei Empfehlungen zu der Kommission angenommen worden, die für eine nationale Kohleförderung plädieren. Die Kommission bereitet nun besondere Rechtsvorschlüsse gemäß der Diskussion im Rat vom 21. April vor.

Kernenergie

Im Februar 1982 hat die Kommission eine umfassende Untersuchung der Stellung der Kernenergie in der Gemeinschaft vorgelegt (Eine Energiestrategie für die Gemeinschaft — nukleare Aspekte)²¹⁾. Dies führte zu einer positiven Diskussion im Rat im Juli. Obwohl einige Mitgliedstaaten gegenüber Kernenergieprogrammen keine Verpflichtungen eingegangen sind, stimmen alle Mitgliedstaaten damit überein, daß:

- Kernenergie gemeinsam mit Kohle die wesentliche Last bei der Diversifizierung der Energieversorgung der Gemeinschaft von heute bis im Jahre 2000 zu tragen hat;
- Kernenergie wirtschaftliche Vorteile hat, die den Unternehmen Zugang zu wettbewerbsfähigen Ressourcen wie der Energieversorgung gibt.

Diese Übereinstimmungen sind eine nützliche Ergänzung zu den Objekten 1990 im Hinblick auf einen gesteigerten Beitrag der Kernenergie und der festen Brennstoffe für die Elektrizitätserzeugung.

Im Dezember 1982 hat die Kommission ebenfalls keinen Vorschlag für die Änderung des Kapitels VI (Versorgung) des Euratom-Vertrages²²⁾ vorgelegt, der zur Zeit im Rat diskutiert wird. Ein wesentlicher Grundzug des Vorschlages ist, die Versorgung mit Kernenergie in Übereinstimmung mit den Realitäten der Industrie in den 80er Jahren zu bringen, wobei sowohl der Kernenergieindustrie und dem Handel größere Autonomie bei der Entwicklung der Kernenergie gegeben werden, als auch genügend Garantien für den Verbraucher, daß sie eine ständige und angepaßte Versorgung mit Kernbrennstoffen erhalten.

Ferner hat die Kommission im Januar 1983 einen Bericht über die Verifizierungsabkommen vorgelegt, die von Euratom und Mitgliedstaaten mit der Internationalen Atomenergie-Agentur geschlossen worden sind²³⁾. Die Kommission unterstreicht in diesem Bericht die ganz besondere Bedeutung der Verifizierungsabkommen für eine stabile Entwicklung der Beziehungen im internationalen Handel für Kernbrennstoffe sowie die Tatsache, daß zwei multilaterale Systeme für Verifizierungsabkommen in der Gemeinschaft funktionieren. Der Bericht beschreibt den erreichten Fortschritt und die bei der Fortführung dieser Arrangements angetroffenen Probleme.

Erdgas

In den letzten beiden Jahren konzentrierte sich die Aufmerksamkeit der Kommission und des Rates auf die wachsende Abhängigkeit der Gemeinschaft von Erdgaslieferungen aus dritten Ländern. Am 27. Oktober 1981 gab der Rat der Kommission den Auftrag, zusammen mit den Mitgliedstaaten die Frage zu untersuchen, wie sicher die Erdgasversorgung der Gemeinschaft ist. Ein erster Bericht²⁴⁾ mit grundsätzlichen Überlegungen zum Thema Versorgungssicherheit wurde im März 1982 im Rat diskutiert. Ein zweiter Bericht²⁵⁾ vom Oktober 1982 ging auch auf die Ergebnisse einer Untersuchung ein, die sich mit der Frage befaßt hatte, wie die Gemeinschaft gegen Ende der neunziger Jahre mit größeren Lieferausfällen fertig wird.

Dies zeigt, daß die Mitgliedstaaten, wenn Pläne von Gaswerken und Regierungen für eine Verbesserung von Speicherung, Verbund und Flexibilität des Gasversorgungssystems eingeführt werden sollen, in der Lage sind, größeren Versorgungsunterbrechungen zu widerstehen (eine Verminderung von 25% während sechs Wintermonaten) bei nur relativ geringer Auswirkung auf den Verbraucher.

¹⁷⁾ KOM(82) 555 endg.

¹⁸⁾ KOM(82) 31

¹⁹⁾ KOM(82) 649 endg.

²⁰⁾ KOM(83) 54 endg.

²¹⁾ KOM(82) 36 endg.

²²⁾ KOM(82) 732 endg.

²³⁾ KOM(83) 36 endg.

²⁴⁾ KOM(81) 530 endg.

²⁵⁾ KOM(82) 45 endg.

Auf seiner Sitzung vom 9. November 1982 hat der Rat die Schlußfolgerungen der Studie der Kommission akzeptiert und dabei die Bedeutung der Anstrengungen in den Mitgliedstaaten für eine Verbesserung der Versorgungssicherheit unterstrichen:

- durch Förderung der inländischen Produktion, Exploration und Entwicklung;
- durch Diversifizierung der Importe
- durch Entwicklung von substituiertem Erdgas.

Er hat desweiteren die Kommission ermutigt, gemeinsam mit den Mitgliedstaaten und der Gasindustrie die Möglichkeiten für engere Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten zu untersuchen. Die Arbeit ist auf dieser Basis gleichzeitig mit der Arbeit über Sicherheit der Gasversorgung in anderen internationalen Organisationen fortgesetzt worden.

Ölvorräte und begrenzter Ölmangel

Auf seiner Sitzung vom 27. Oktober 1981 und gemeinsam mit dem Vorschlag der Kommission²⁶⁾ hat der Rat im Prinzip Einvernehmen erzielt über die Verfahren, die zu befolgen sind und über die Reihe von möglichen Maßnahmen, die im Falle einer begrenzten Unterbrechung der Ölversorgung anzuwenden sind. Während dieses Übereinkommen einen Rahmen für gemeinschaftliche Entscheidungen auf diesem Gebiet abgibt, betrachtet es die Kommission für nützlich, daß ihm eine Rechtsform gegeben werden soll. Zu diesem Zweck hat die Kommission dem Rat einen Vorschlag für eine Entscheidung im Februar 1982 vorgelegt²⁷⁾. Bis jetzt hat der Rat jedoch noch keine endgültige Zustimmung erzielen können.

Parallel dazu und in Anbetracht dessen, daß einerseits der Ölverbrauch seit 1979 sinkt und die Folgen

auf die Höhe der Mindestvorräte, die bei den Mitgliedstaaten zu halten sind und andererseits daß eine gewisse Unsicherheit auf den Ölmärkten herrscht, hält die Kommission es für nützlich, einen Mechanismus vorzuschlagen, der das Absinken der Pflichtvorräte im Falle eines verlängerten fallenden Trends beim Ölverbrauch begrenzt. Angesichts der Diskussionen mit dem Rat und den Schwierigkeiten eine Entscheidung herbeizuführen, ist die Kommission bereit, das Problem im Rahmen einer generellen Untersuchung der Politik der Ölvorräte zu überdenken und sie ist zur Zeit damit beschäftigt.

26. Dieser kurze Überblick über die Entwicklung auf Gemeinschaftsebene zeigt, daß zwar nützliche Diskussionen über die Grundsatz- und Spezialthemen in großer Zahl geführt wurden, aber im Rat kaum Beschlüsse über konkrete gemeinsame Maßnahmen für die Energiestrategie der Gemeinschaft zustande kam. Es gab keine neuen Beschlüsse über die Energieprogramme der Gemeinschaft in der Weise, daß Mittel aus dem Gesamthaushalt der Gemeinschaft hierfür bereitgestellt worden wären, sieht man einmal von der Interimslösung über Demonstrationsvorhaben ab, die bereits oben erwähnt worden war. Dabei sind der Energiewirtschaft keineswegs geringe Beträge aus dem Gesamthaushalt, dem Montanhaushalt und den Gemeinschaftsanleihen zugeflossen (Anlage 2). 1982 waren es an Krediten und Zuschüssen insgesamt 2,8 Mrd. ECU, rund 6% der Summe, die von der Energiewirtschaft in der Gemeinschaft investiert wurde. Der größte Teil hiervon entfiel mit 1,94 Mrd. auf Kredite. Die restlichen 890 Millionen bestehen zu einem erheblichen Teil aus Geldern des Regionalfonds und den EWS-Zuschüssen und Ergänzungshilfen für das Vereinigte Königreich, aus denen im wesentlichen nationale und nicht gemeinschaftliche Energieprogramme finanziert werden. Das Gleiche gilt für die diesjährigen Haushaltsausgaben, in denen besondere Energiewirtschaftsprogramme im Vereinigten Königreich und in der Bundesrepublik ein großes Gewicht haben. Die Gemeinschaft ist daher noch weit entfernt von der Durchsetzung einer wirklich gemeinsamen Energiepolitik, wie sie vom Europäischen Parlament gefordert worden war.

²⁶⁾ KOM(81) 533 endg.

²⁷⁾ KOM(82) 41 endg.

Annex 1

Table 1

Main indicators of structural change
1973 – 1979 – 1982 – 1985 – 1990

	Mtoe					
	1973	1979	1980	1982 *)	1985	1990
Demand						
Inland energy consumption	931	985	944	872	1 000	1 065
Inland oil consumption	564	537	494	425	469	432
Inland oil Consumption as % of energy consumption	61 %	54 %	52 %	49 %	47 %	41 %
Total primary energy inputs to power stations	236	279	279	282	311	369
(of which) solid fuels	101	125	130	132	132	163
nuclear	18	37	43	64	89	132
Solid fuels and Nuclear as % of total ..	50 %	58 %	62 %	69,5 %	71 %	80 %
Supply						
Total domestic primary energy production	351	458	462	491	533	561
(of which) solid fuels	198	180	185	184	182	188
gas	112	138	129	114	121	109
nuclear	18	37	43	64	89	132
oil **)	13	89	91	115	121	104
new & renewables ***)	10	14	14	14	20	28
Net energy imports	620	559	527	409	499	538
(of which) net oil imports	596	487	438	323	381	362
Energy and economic growth	1973–1963	1980–1975		1985–1980	1990–1985	
Inland energy consumption (% change per year)	+4.7 %	+1.9 %		+1.2 %	+1.3 %	
GDP (% change per year)	+4.7 %	+3.0 %		+2.1 %	+2.7 %	
Coefficient E/GDP	1.0	0.63		0.57	0.5	

Sources: 1973 to 1982: Statistical Office of the European Community

1985 & 1990: Submissions by Member States, up-dated where necessary.

*) provisional data

**) mid-points of ranges submitted

***) hydro-electricity, geothermal energy, solar, biomass, etc.

Table 2

Member State	Reduction in inland oil use by Member State 1982/1979		Share of oil in gross- inland energy consumption 1982	Share of nuclear and solia fuels in fuels in electricity generation 1982
	Mtoe	%	%	%
Belgium	- 5.6	-22.4	47	64.4
Denmark	- 4.8	-30.4	65	91.5
Germany	- 34.2	-23.9	44.5	78.0
Greece	- 0.4	- 3.3	73	61.8
France	- 27.0	-23.5	51	75.5
Ireland	- 1.8	-28.3	56	23.0
Italy	- 9.8	-10.2	68	18.9
Luxembourg	- 0.3	20.0	34	8.3
Netherlands	- 8.9	-29.0	39	29.3
United Kingdom	- 18.5	-20.0	40	86.5
EUR-10	-111	-20.7	49	69.5

Table 3

The burden of net oil imports, by Member State 1973 & 1982

	Net oil import dependence in %		Net oil import bill as % of GDP	
	1973	1982	1974	1982
Belgium	62.5	49.8	4.2 *)	6.2
Denmark	90.5	54.9	4.6	4.9
Germany	54.4	41.7	2.9	4.0
Greece	88.8	64.4	4.0	6.2
France	71.5	48.5	3.4	4.1
Ireland	78.5	56.4	6.7	5.7
Italy	79.5	67.1	4.7	5.6
Luxembourg	37.7	33.8	—	—
Netherlands	54.8	42.7	2.2	3.9
United Kingdom	49.7	-14.8	4.6	-1.4
EUR-10	61.6	36.1	3.7 *)	3.3

*) Belgium + Luxembourg

Source: as Table 1

*) It is also noteworthy that the net cost of total energy imports, in relation to GDP, has actually remained stable for the Community as a whole between 1974 and 1982 at 3.8 %.

Table 4

**Changes in the ratio between inland primary
consumption and GDP, by Member State**

	1973-1977	1977-1980
Belgium	- 11.2	- 5.1
Denmark	- 6.6	- 6.5
Germany	- 8.0	- 4.8
Greece	+ 1.8	+ 0.7
France	-14.1	+ 2.5
Ireland	-13.8	+ 7.7
Italy	- 4.1	- 7.1
Luxembourg	-17.2	-13.6
Netherlands	- 8.5	- 3.5
United Kingdom	- 7.3	- 8.0

Source: Study of Energy Saving in the Community's Member States prepared for the Commission by the Fraunhofer Institut, 1983

Principal Communications from the Commission to the Council since September 1981**Energy Strategy**

The Development of an Energy Strategy for the Community COM(81)540 final
2 October 1981

Investment in the Rational Use of Energy

Investment in the Rational Use of Energy COM(82)24 final
10 February 1982

Proposal for a Council Regulation (EEC) on the payment of financial incentives in support of categories of investment in the rational use of energy COM(82)357 final
14 September 1982

Pricing

Energy Pricing — Policy and Transparency COM(81)539 final
1 October 1981

Energy Pricing — Development in Community Policy 1981—1982 COM(82)651 final
19 October 1982

Taxation

Taxation of Petroleum Products COM(81)511 final
11 September 1982

Monitoring Member States Energy Policies

Review of Member States energy policy programmes and progress towards 1990 objectives COM(82)326 final
10 June 1982

Solid Fuels

The Role for Coal in Community Energy Strategy COM(82)31 final
10 February 1982

Report on the Brown Coal and Peat Industries in the European Community COM(82)649 final
18 October 1982

Work Programme on Solid Fuels COM(83)54 final

Nuclear

An Energy Strategy for the Community: the Nuclear Aspects COM(82)36 final
9 February 1982

Proposal for a Council Decision adopting new provisions relating to Chapter VI 'Supplies' of the Treaty establishing the European Atomic Energy Community COM(82)732 final
3 December 1982

Report from the Commission to the Council on the implementation of the verification COM(83)36 final
27 January 1983

agreements concluded by Euratom and its Member States with the International Atomic Energy Agency

Oil

Measures to limit the effects of a limited shortfall in oil supply COM(81)533 final
30 September 1981

Proposal for a Council Directive amending Directive 68/414/EEC imposing an obligation on Member States of the EEC to maintain minimum stocks of crude oil and/or petroleum products COM(82)41 final
4 February 1982

Proposal for a Council Decision on a Community procedure for the adoption of measures to mitigate the effects of a limited shortage of crude oil and petroleum products COM(82)41 final
4 February 1982

Natural Gas

Communication from the Commission to the Council concerning natural gas COM(81)530 final
1 October 1981

Communication from the Commission to the Council concerning measures to enhance the security of natural gas supplies to the Community COM(82)45 final
15 February 1982

Communication from the Commission to the Council on Community natural gas supplies COM(82)653 final
15 October 1982

Draft Council Recommendation on the methods of setting natural gas prices and tariffs in the Community COM(82)603 final
29 September 1982

Research, Development and Demonstration

Communication from the Commission to the Council concerning the review of the energy research and development programme adopted in the Council Discussion of 11 September 1979 COM(82)124 final
18 March 1982

Proposals for a European Scientific and Technical Strategy Framework Programme COM(82)865 final
21 December 1982

Communication from the Commission to the Council. Evaluation of the Community COM(82)324 final
11 June 1982

Table 5

Changes in final energy demand 1973–1979,

Energy (10 ³ TOE)	B		DK		D	
	1973–79	1979–81	1973–79	1979–81	1973–79	1979–81
Final energy demand in industry	– 1 269	– 2 122	– 49	– 15	– 2 110	– 5 980
Efficiency Effect	– 2 887	– 1 714	– 466	+ 11	– 8 816	– 5 228
Structural Effect	– 289	– 596	– 17	+ 23	– 2 408	– 2 113
Growth Effect	+ 2 312	+ 149	+ 443	– 33	+ 10 487	+ 1 323
Residual	– 405	+ 39	– 9	– 16	– 1 373	+ 38
Final energy demand in transport	+ 967	– 275	+ 198	– 349	+ 6 557	– 336
Efficiency Effect	– 35	– 201	– 176	– 180	– 279	– 819
Structural Effect	+ 157	– 63	– 17	– 92	+ 1 581	– 307
Growth Effect	+ 761	+ 63	+ 417	– 34	+ 5 127	+ 837
Residual	+ 84	– 74	– 26	– 43	+ 128	– 47
Final energy demand in residential tertiary	+ 1 706	– 2 502	+ 266	– 2 699	+ 5 873	– 13 249
Efficiency Effect	– 517	– 2 599	– 750	– 2 440	– 8 016	– 14 159
Structural Effect	+ 401	– 155	– 49	– 255	+ 3 775	– 659
Growth Effect	+ 1 949	+ 156	+ 1 199	– 96	+ 12 244	+ 1 812
Residual	– 127	+ 96	– 134	+ 93	– 1 131	– 243
Final energy demand: Total	+ 1 404	– 4 899	+ 415	– 3 063	+ 11 320	– 19 565
Efficiency Effect	– 3 439	– 4 514	– 1 392	– 2 609	– 17 111	– 20 206
Structural Effect	+ 269	– 814	– 83	– 325	+ 2 949	– 3 079
Growth Effect	+ 5 022	+ 368	+ 2 059	– 163	+ 27 859	+ 3 972
Residual	– 448	+ 61	– 169	+ 34	– 2 376	– 252

demonstration programmes
in the energy sector

Assessment Report on the
Community Demonstration
Programmes in the field of
energy saving and alternative
energy sources

COM(82)324 final/2
11 June 1982

Assessment Report on the
Community demonstration
Projects in the fields of
energy saving and alternative
energy sources (Annexes I, II
and III)

COM(82)324 final/3
17 June 1982

Proposal for a Council Regu-
lation (EEC) on the granting
of financial support for pilot
industrial projects and de-
monstration projects relating
to the liquefaction and gasifi-
cation fo solid fuels

COM(82)555 final
3 August 1982

Proposal for a Council Regu-
lation (EEC) on the granting
of financial support for de-
monstration projects relating
to the exploitation of alterna-
tive energy sources, energy
saving and the substitution of
hydrocarbons

COM(82)458 final
3 August 1982

Refining

Problems affecting the oil re-
fining industry in the Com-
munity

COM(81)534 final
30 September 1981

Problems of the oil refining
industry: progress report

COM(82)360 final
15 June 1982

Substitute Fuels

Draft Council Directive on
crude oil saving through the
use of substitute fuel compo-
nents in petrol

COM(82)491 final
29 July 1982

Table 5

1979–1981 in seven community countries

F		I		NL		UK		CE-10	
1973–79	1979–81	1973–79	1979–81	1973–79	1979–81	1973–79	1979–81	1973–79	1979–81
– 29	– 7 980	+ 1 044	– 768	+2 356	–2 162	–10 742	– 7 554	– 10 384	–27 858
– 7 309	– 7 377	– 5 114	–2 746	+1 186	–2 278	– 8 982	– 718	– 34 968	–23 090
– 525	– 1 322	+ 1 028	+ 501	– 831	+ 133	– 7 023	– 5 267	– 8 355	– 6 432
+ 9 310	+ 598	+ 5 934	+1 385	+2 079	– 41	+ 5 005	– 1 829	+ 38 728	+ 2 038
– 1 505	+ 121	– 798	+ 92	– 78	+ 24	+ 258	+ 260	– 5 789	+ 526
+ 5 244	+ 1 046	+ 5 423	+ 496	+1 221	+ 198	+ 3 008	– 829	+ 23 927	+ 200
– 936	– 79	+ 2 012	– 605	– 865	+ 403	+ 483	– 498	– 742	– 2 336
+ 1 214	+ 571	– 62	+ 186	+ 640	– 172	– 90	+ 1 006	+ 3 937	+ 800
+ 5 013	+ 505	+ 3 231	+ 940	+1 568	– 21	+ 2 575	– 1 282	+ 20 320	+ 1 491
– 47	+ 49	+ 242	– 25	– 122	– 12	+ 40	– 55	+ 412	+ 185
– 231	– 3 879	+ 3 881	–1 691	+1 798	–2 679	+ 5 137	– 3 315	+ 20 600	–30 325
–11 014	– 5 592	– 960	–3 142	–3 609	–2 246	+ 566	– 2 771	– 25 556	–34 874
+ 2 546	+ 991	– 98	+ 259	+1 794	– 450	– 163	+ 1 812	+ 8 152	+ 1 618
+10 511	+ 876	+ 5 130	+1 310	+4 399	– 55	+ 4 666	– 2 310	+ 42 075	+ 2 805
– 2 274	– 154	– 191	– 118	– 786	+ 72	+ 68	– 46	– 4 071	+ 126
+ 4 984	–10 813	+10 348	–1 963	+5 375	–4 643	– 2 597	–11 698	+34 143	–57 983
–19 259	–13 048	– 4 062	–6 493	–3 288	–4 121	– 7 933	– 3 987	– 61 266	–61 200
+ 3 235	+ 240	+ 868	+ 946	+1 603	– 489	– 7 276	– 2 449	+ 3 734	– 3 954
+24 834	+ 1 979	+14 295	+3 635	+8 046	– 117	+12 246	– 5 421	+101 123	+ 6 334
– 3 826	+ 16	– 753	– 51	– 986	+ 84	+ 366	+ 159	– 9 448	+ 837

Annexe 3

Interventions financières de la Communauté en faveur du secteur de l'énergie — 1982 —

(Mécus)
Subventions du budget
général et du budget CECA

A.1	Combustibles solides		B.2	Hydrocarbures	
A.10	Liquéfaction et gazéification du charbon (projet de dém.)	17	B.20	BEI	
A.11	Fonds régional	—	B.200	Production	155
A.12	Bonifications SME	—	B.201	Transport et raffinage	192
A.13	Budget CECA		B.21	NIC	
A.130	Bonifications charbon (article 54)	7	B.210	Transport	77
A.131	Aides charbon à coke	6		<u>Sous-total B.2</u>	<u>424</u>
A.132	Recherche charbon (article 55)	17	B.3	Energie nucléaire	
A.133	Réadaptation (article 56)	42	B.30	BEI	
	<u>Sous-total A.1</u>	<u>89</u>	B.301	Centrales	329
A.2	Hydrocarbures		B.302	Cycle du combustible	90
A.20	Développement technologique	29	B.31	Euratom	
A.21	Fonds régional	55	B.311	Centrales	303
A.22	Bonifications SME	36	B.312	Cycle du combustible	55
	<u>Sous-total A.2</u>	<u>120</u>		<u>Sous-total B.3</u>	<u>777</u>
A.3	Energie nucléaire		B.4	Electricité	
A.30	Transport matières radioactives	1	B.40	BEI	
	<u>Sous-total A.3</u>	<u>1</u>	B.401	Centrales thermiques	134
A.4	Electricité		B.402	Centrales hydroélectriques	51
A.41	Fonds régional	221	B.403	Transport	8
A.42	Bonifications SME	13	B.41	NIC	
A.43	Mesures supplémentaires Royaume-Uni	404	B.411	Centrales thermiques	23
	<u>Sous-total A.4</u>	<u>638</u>	B.42	CECA	
A.5	Sources d'énergie alternatives		B.421	Centrales thermiques	41
A.51	Energie géothermique (projet de dém.)	10		<u>Sous-total B.4</u>	<u>257</u>
A.52	Energie solaire (projet de dém.)	6	B.5	Economies d'énergie	
	<u>Sous-total A.5</u>	<u>16</u>	B.50	BEI	
A.6	Economies d'énergie (projet de dém.)	26	B.501	Chauffage urbain	73
	<u>Total général</u>	<u>890</u>	B.502	Utilisation rationnelle de l'énergie dans l'industrie	175
	(Mécus Prêts		B.51	NIC	
B.1	Combustibles solides		B.511	Utilisation rationnelle de l'énergie dans l'industrie	31
B.10	CECA			<u>Sous-total B.5</u>	<u>279</u>
B.100	Production	202		<u>Total général</u>	<u>1941</u>
B.11	BEI				
B.110	Transport	2			
	<u>Sous-total B.1</u>	<u>204</u>			